



Rede zum Haushalt 2011

Wir leben schon seit längerem in finanziell schwierigen Zeiten, seit einem Jahr nun im Nothaushalt. Lange haben wir versucht, genau das zu vermeiden, um uns wenigstens etwas vom ohnehin nur noch geringen Handlungsspielraum der Kommunalpolitik zu bewahren. Wir sind zwar die Politiker, die unmittelbar mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt stehen, haben aber die geringsten Kompetenzen.

Bürgermeister und Verwaltung sind immer mächtiger geworden und der Einfluss der Kommunalpolitik ausgehöhlt. Seit Jahren hören wir immer wieder das ist „laufendes Geschäft der Verwaltung“ da braucht sich die Politik nicht einzumischen.

Und nun kommt noch der finanzielle Kollaps, der den politischen Spielraum weiter beschränkt. Doch für den Bürger sind wir auch weiterhin für alles was in Kamen geschieht verantwortlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Meinung, dass hier ein falscher Weg eingeschlagen wurde, der politisches Engagement schon an den Wurzeln erstickt.

Wir werden uns nun – wie lange mag ich nicht prognostizieren – mit dem Nothaushalt arrangieren müssen. Es gibt Kommunen im Kreis Unna, die tun das schon lange. Und trotzdem geht das kommunale Leben weiter. Der Bürger spürt vom Nothaushalt in Kamen bisher noch wenig. Im Gegenteil, dank Konjunkturpaket II wird so viel investiert und gebaut, wie schon lange nicht mehr. Doch höhere Gebühren in vielen Bereichen und höhere Eintrittsgelder sowie sinkende Zuschüsse für Vereine lassen schon erahnen, wo die Reise in den nächsten Jahren hingeht.

Wir haben kein genehmigungsfähiges HSK aufstellen können und das bedeutet: Nothaushalt. Aus dieser Situation werden wir uns selbst nicht befreien können. Dennoch hat der Stadtrat Anfang des Jahres das HSK mit den 86 unsinnigen Maßnahmen, wie sie Herr Baudrexel damals bezeichnete, u. a. gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen. Aus der Vergeblichkeitsfalle, in der wir uns befinden, werden wir mit den eingesparten 6,6 Mio. € aber nicht ausbrechen können. Nein, der Weg wird unter den gegebenen äußeren Bedingungen weiter zur Aufzehrung unseres Eigenkapitals und in eine Überschuldung führen. Egal ob wir noch eine Mio. hier oder dort einsparen.

Wenn man sich das für 2011 geplante Defizit von ca. 18,5 Mio. € anschaut, wird deutlich, wie dramatisch es um uns steht. Dabei hilft es uns nicht weiter, dass das Ergebnis etwas besser ausgefallen ist, als prognostiziert oder dass in Kamen noch keine Einrichtung geschlossen werden musste. Alles was heute noch finanziert wird, werden zukünftige Generationen bezahlen müssen. Wer ehrlich rechnet, erkennt: Uns droht der finanzielle Zusammenbruch. Und zwar nicht irgendwann, sondern schon in wenigen Jahren.



Besonders wichtig wäre es, die steigenden Zinslasten durch die in der Vergangenheit starke Zunahme von Kassenkrediten wieder auf ein erträgliches Maß zu senken. Hier werden wir 2011 einen Gesamtbestand von 60 Mio. € erreichen, 2014 werden dann schon 80 Mio. € prognostiziert. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Unseren geringen Gestaltungsanspruch können wir dauerhaft nur über Kassenkredite sicherstellen. Und damit verspielen wir alle Gestaltungsspielräume von morgen.

Uns hilft es auch nur wenig, dass wir in dieser Situation nicht allein sind. Das Problem breitet sich bundesweit aus. Es gibt Städte wie z.B. Offenbach, Wuppertal, oder Halle an der Saale, die schon fast alles geschlossen haben, was möglich ist: Theater, Museen, Rathäuser und Schwimmbäder. Und trotzdem finanzieren sie ihre laufenden Ausgaben zu großen Teilen mit neuen Schulden.

Trotz aller Sparbemühungen der letzten Jahrzehnte in Kamen mit mehreren HSK sind unsere Ausgaben weiterhin größer als die Einnahmen. Auch wir finanzieren unsere laufenden Kosten über Schulden. Wir haben bereits massiv Stellen in der Verwaltung gekürzt, alle Einrichtungen müssen heute sparsamer und effizienter wirtschaften. Gespart wird bei Bädern, Bücherei, Musikschule, Sportplätzen, Kinder- und Jugendarbeit sowie Kultureinrichtungen oder am ÖPNV. Zudem sollen höhere Elternbeiträge an KITAS und OGS erhoben werden. Nur Stadthalle und Technopark hinken wie immer hinterher.

Auf der anderen Seite werden vom Bund Steuersenkungen für Besserverdienende beschlossen, welche die Geringverdienenden und sozial Benachteiligten vor Ort zahlen müssen. Denn alle freiwilligen Leistungen, die wir in Kamen haben, sind soziale Leistungen. Auch hier sind es besonders die Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen, die unter diesen Kürzungen zu leiden haben.

Und nun fangen wir an, auf Instandhaltung und Reparaturen zu verzichten und streichen Investitionen an öffentlichen Gebäuden oder unseren Kanälen, um unsere Kassenkredite zu begrenzen und weil wir vom Land zur Deckelung der Investitionen gezwungen werden. Die Infrastruktur, die in Kamen über Jahrzehnte aufgebaut wurde, droht zukünftig zu verfallen und Rücklagen für die Sanierung gibt es nicht mehr. Man denke nur an so manche Strasse, die notdürftig repariert wird, damit sie weitere 5 Jahre irgendwie hält. Man kann nur hoffen, dass die zukünftigen Winter nicht wieder so kalt werden wie der letzte. Jeder Bürger muss sich Gedanken um die Dichtigkeit seiner Kanäle machen, und oft viel Geld investieren. Und die Stadt spart Geld indem sie notwendige Sanierungsmaßnahmen verschiebt. Unserer Vorbildfunktion werden wir so nicht gerecht.

Wir, die unter solchen Bedingungen Haushalte verabschieden müssen, haben keinerlei Gestaltungsspielraum mehr. Demokratisches Engagement vor Ort droht zum Erliegen zu kommen, wenn Träger, Vereine und Einrichtungen keine finanzielle Unterstützung mehr bekommen.



Das Herz unserer Demokratie schlägt in den Kommunen. Wo man lebt und arbeitet, sind die Auswirkungen öffentlicher Entscheidungen unmittelbar spürbar, kennt man die Akteure, lässt sich das eigene Umfeld gestalten. Wenn die Kommunen jedoch handlungsunfähig werden, bedroht das unsere Demokratie an der Basis. Wo nur noch Schulden angehäuft und

Bürgermeister zu Insolvenzverwaltern werden, keimt nicht die Demokratie, sondern der Verdruss an der Politik, am Gemeinwesen an sich. Damit will sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zufrieden geben.

Schuld an der Misere sind explodierende Soziallasten, an deren Finanzierung sich Bund und Land immer weniger beteiligt haben. Daraus ergibt sich für meine Fraktion nur eine Forderung, die wir hier Jahr für Jahr wiederholen: Wir brauchen dringend eine Gemeindefinanzreform, bei der Finanzgerechtigkeit und Chancengleichheit wieder im Vordergrund stehen.

Der Vorschlag des Bundesfinanzministers den Gemeinden einen Zuschlag auf die Einkommenssteuer zu erheben, zeigt die unsoziale und kommunalfeindliche Gesinnung dieser Bundesregierung. Wir brauchen keinen weiteren Wettbewerb zwischen den Kommunen, sondern eher eine interkommunale Zusammenarbeit.

Da in NRW kaum noch Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können und die Zahl überschuldeter Kommunen stetig wächst, stehen die Chancen besser denn je, ein Umdenken in Land und Bund zu erzwingen. Wir brauchen eine andere Lastenverteilung. Der Bund muss einen deutlich höheren Anteil der Sozialleistungen übernehmen. Es kann nicht sein, dass er sich immer wieder durch Rechenricks aus der Verantwortung stiehlt. Ansonsten haben weder wir in Kamen noch der Kreis Unna oder seine Städte und Gemeinden eine Chance ihre Haushalte in den Griff zu bekommen.

Ohne Hilfe von Land und Bund bliebe nur noch eine weitere Ausdünnung oder sogar Einstellung öffentlicher Angebote, bei gleichzeitiger Zunahme der Kassenkredite. Bis wir auch zu den überschuldeten Gemeinden unseres Landes gehören. Und der kommunale Zerfall ginge weiter.

Erste Schritte wurden im Land mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU für die Kommunen getan. Ein Hoffnungsschimmer! Die Landesregierung will den Kommunen helfen. Die Arbeiten in der Gemeindefinanzkommission sollen beschleunigt und konsequent fortgesetzt werden, insbesondere mit dem Ziel einer nachhaltigen Entlastung bei den Auf- und Ausgaben. Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) soll als verlässliche Grundlage der kommunalen Finanzausstattung bestehen bleiben.



Das Land will die Kommunen bei der Erreichung der Konsolidierungsziele begleiten und unterstützen. Jede Kommune, die Mittel aus der Landeshilfe in Anspruch nimmt, soll erforderliche Konsolidierungsziele für ihren kommunalen Haushalt mit der Kommunalaufsicht formulieren und ihren Konsolidierungsprozess eigenverantwortlich vereinbaren. Über die dazu notwendigen Änderungen der Gemeindeordnung soll schnell und konsequent entschieden werden.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dazu alle Möglichkeiten auf allen politischen Ebenen ausschöpfen, um dieses Ziel zu erreichen.

Denn wir wollen Kamen zu einer klima- und umweltfreundlichen Stadt entwickeln. Dafür benötigen wir jetzt die richtigen Investitionen, die uns in der Zukunft entlasten werden. Es macht Sinn, noch stärker als bisher in Energiesparmaßnahmen zu investieren. Bei den im Nothaushalt bisher gedeckelten Investitionsmöglichkeiten hat das bei uns höchste Priorität. Land und Stadt müssen gemeinsam überlegen, welche Investitionen gerade in diesen Zeiten besonders sinnvoll sind, und diese muss das Land dann genehmigen. Das kann morgen neue Spielräume schaffen und erhält heute wichtige Arbeitsplätze in der Region.

Zu einer umweltfreundlichen Stadt gehört auch die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung. Wir haben es sehr begrüßt, als im Frühjahr der Beschluss gefasst wurde, endlich auch in Kamen eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Eine uralte Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir waren positiv überrascht, welches Einnahmepotenzial mit über 800.000 € von der Verwaltung ermittelt wurde. Zuvor wurde immer behauptet, das würde sich nicht rechnen, dabei hatte sich offensichtlich niemals zuvor jemand damit seriös befasst. Peinlich, Meine Damen und Herren. SPD und Verwaltung versuchen nun schon wieder einen Rückzieher. Wir haben den Eindruck, dass gemauert und verzögert wird, um die ungeliebte Parkraumbewirtschaftung vielleicht doch noch zu verhindern. Statt sich endlich mal bei Kommunen mit positiven Erfahrungen zu informieren, macht sich die Verwaltung bei Kommunen schlau, die eine Parkraumbewirtschaftung wieder abschaffen wollen, bringt teure High-tech-Parkuhren in die Diskussion oder will in einem langwierigen Abstimmungsprozess alle Fragen öffentlich erörtern, die andere längst beantwortet haben. Parkraumbewirtschaftung ist überall um uns herum Standard, warum tun sich Verwaltung und SPD nur so schwer. Glauben Sie wirklich, irgendjemand würde Ihnen noch glauben, dass Parkraumbewirtschaftung sich nicht rentiert? Suchen Sie endlich zielorientiert nach einer Variante, die der Bürger akzeptiert und die das nötige Einnahmepotenzial erzielen kann.

Die Kulturhauptstadt 2010 war trotz Nothaushalt ein kulturelles Highlight in Kamen. Es hat einfach Spaß gemacht, Schachtzeichen zu sehen, über Wasser zu gehen und Local Heroes zu erleben oder gemeinsam am Stilleben teilzunehmen und dabei festzustellen, wie gut die Aktionen nicht nur von Kamener Bürgerinnen und Bürgern



angenommen wurden. Es muss nicht immer nur Party sein, um Menschen anzusprechen. Kultur ist nicht nur Würstchenbude und Coverband, Kultur ist Selbstzweck. Doch dafür braucht es eine lebendige Kulturszene, die breite Unterstützung findet für ihre Arbeit. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Kulturpolitik ist gerade nicht das feine Sahnehäubchen der Kommunalpolitik, das nice-to-have, das bei Streichlisten ganz oben stehen darf. Städte und Gemeinden ohne ein lebendiges Kulturleben sind unattraktiv. Orte ohne Kultur werden nicht nur „Provinz“, sie verlieren auch an Toleranz, Innovation, wirtschaftlicher Kraft und sozialer Gerechtigkeit.

Das kulturelle Leben in Kamen wird gerade umgebaut. Ein Weihnachtsmarkt unter Beteiligung von Schulen, KITAS und Vereinen kann nicht mehr durchgeführt werden, weil nicht jeder Bürger mindestens 1 € dort ausgegeben hat. Auf die Künstlergasse als wichtigem Alleinstellungsmerkmal wird verzichtet und das Altstadtfest abgeschafft. Und über die Kultur in Kamen entscheiden immer weniger Rat oder Kulturausschuss sondern KIG, GSW und Sparkasse. Eine bedenkliche Entwicklung. Kunst und Kultur verkommen in Kamen immer mehr zum Werbeträger für die kommunale Wirtschaft.

Auf der anderen Seite steigen die Kosten im Bereich der Jugendhilfe fortwährend. Der jährliche Anstieg der Fallzahlen und der Multiproblemfamilien ist ein warnender Beleg für die soziale Schieflage in unserem Land und in unserer Stadt. Vielschichtige Gründe sind dafür verantwortlich: Soziale Not, Perspektivlosigkeit, Überforderung, aber auch Unwissenheit und Egoismus oder Gleichgültigkeit. Das sind die wahren Baustellen unserer Stadt, die sich nicht mal eben durch ein Konjunkturpaket beheben lassen und unter einer neuen Asphaltdecke verschwinden! Das Jugendamt muss reagieren und intervenieren, um die Kinder vor Benachteiligung zu schützen und im Extremfall das Kindeswohl zu retten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der festen Überzeugung, dass durch einen weiteren Ausbau von frühzeitigen niederschweligen Hilfen diese kostenintensiven Maßnahmen vermindert werden können. Wir dürfen allerdings nicht erwarten, dass präventive Leistungen Hilfen zur Erziehung in ambulanter wie stationärer Form komplett vermeiden könnten.

Die Einführung des Familienservices ist ein erster guter, funktionierender Baustein. Ein weiterer Baustein ist die Unterstützung der Kindertageseinrichtungen und der Familienzentren und ihrer Träger sowie die stete Kooperation und finanzielle Unterstützung durch die Stadt. Auch die geplanten Investitionen der Familienbande und deren außerordentliches Engagement begrüßen wir hier sehr. Durch den FörJu kann sozialpädagogische Familienhilfe schnell und ohne bürokratische Hürden erfolgen. Doch mit diesen Maßnahmen dürfen wir uns nicht zufrieden geben,



sondern müssen das präventive Hilfesystem weiter ausbauen (Bsp. Lokale Netzwerke, Hilfen in der Schwangerschaft und in den ersten drei Lebensjahren). Gerade in diesen finanziell schwierigen Zeiten dürfen wir unseren Einsatz in diesem Bereich nicht zurückfahren. Dies ist die Hausaufgabe für den Bereich Jugendhilfe im Jahr 2011.

Des Weiteren sind wir optimistisch gespannt, was die Revision des KiBiz und der Finanzierung des U3--Ausbaus für die Stadt Kamen bringen wird. Anhand der Ankündigungen hoffen wir, dass endlich wieder eine Gleichbehandlung der Städte – und damit auch der Familien - in NRW bei den Beitragszahlungen stattfindet und das kostenlose 3. Kindergartenjahr eingeführt wird.

Angesichts der knappen öffentlichen Kassen, einer alternden Gesellschaft, wachsender Armut, einem Bevölkerungsrückgang sowie wachsender Verbraucheranforderungen und eines Modernisierungsdrucks in vielen Bereichen kommen auch auf Kamen neue Aufgaben zu, die wir meist nur noch gemeinsam mit anderen werden meistern können. Aus diesem Grund wird auch die interkommunale Zusammenarbeit immer bedeutender. So sollte man z.B. über einen interkommunalen Ausbildungspool nachdenken. Der demografische Wandel stellt die Kommunen vor ganz neue Herausforderungen, wie beispielsweise die Notwendigkeit von gezieltem Rückbau von Infrastruktur. Doch hier tut sich Kamen schwer. Stattdessen wird zusätzliche Infrastruktur mit dem Konjunkturpaket II aufgebaut, die zukünftig weitere Finanzmittel zur Unterhaltung binden wird.

NKF wurde uns vor der Einführung immer als eine transparentere Haushaltsführung verkauft, die auch den Verzehr von Eigenkapital plakativ darstellen sollte und wirtschaftliches Handeln fördern sollte. Doch NKF hat sich als ein Rechenmodell gemausert, welches in Nothaushalte führt und kaum Transparenz zeigt. Im Gegenteil: Wir können heute kaum noch nachvollziehen, was konkret wofür ausgegeben wird. Der Haushalt ist zu einem undurchsichtigen Buchungsrahmen verkommen, für den die Kommunalpolitik nur noch als Abnicker gebraucht wird.

Jahr für Jahr haben wir gefordert, dass Kenn- und Messzahlen sowie Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen geliefert werden. Die Verwaltung hat zwar immer Bereitschaft zur Besserung signalisiert, aber bis heute keinen verständlichen Haushalt vorgelegt. Die Kommunalpolitik wird dadurch zum Bittsteller. Nur wer intensiv bei der Verwaltung nachfragt, kann das Zahlenwerk verstehen. Wir verlangen hier nun endgültig: Legen Sie uns einen Haushalt vor, der ohne viele Nachfragen verständlich ist. Haben Sie endlich Mut zur Transparenz, oder wollen Sie etwas verstecken, uns vorenthalten? Wir wollen nicht weiter jedes Jahr auf das nächste Jahr vertröstet werden.

Meine Damen und Herren, wir finden keinen Grund, warum wir diesen Haushalt und dieses HSK unterstützen sollten.